

A1neu2 Keine Abschiebungen nach Afghanistan

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 3. Asyl und Menschenrechte

- 1 Über 1.600 Tote und mehr als 3.500 verletzte Menschen in der afghanischen
2 Zivilbevölkerung. Dies ist die erschreckende Bilanz des ersten Halbjahres von
3 2016.
- 4 Dennoch hat die Bundesregierung ein Rücknahmeabkommen mit Afghanistan
5 unterzeichnet und im Dezember mit Sammelabschiebungen nach Afghanistan begonnen.
6 Und dies obwohl das Auswärtige Amt seine eigenen Bürger*innen davor warnt nach
7 Afghanistan zu reisen.
- 8 Begründet werden Abschiebungen nach Afghanistan oft mit sogenannten sicheren
9 Regionen innerhalb des Landes. Die Anschläge auf das deutsche Generalkonsulat in
10 Masar-e-Scharif sowie auch der Anschlag in Kabul müssten uns allen doch auf
11 grausame Weise wieder deutlich gemacht haben, dass es diese sicheren Regionen in
12 Afghanistan leider nicht gibt. Auch der UNHCR spricht in seinem Bericht und den
13 dazugehörigen Anmerkungen vom Dezember 2016 über Afghanistan von einem
14 "innerstaatlichen Konflikt" der "sich über das gesamte Staatsgebiet erstreckt".
- 15 Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Mecklenburg-Vorpommern fordert die Bundesregierung und
16 alle Landesregierungen auf, diese Realitäten endlich anzuerkennen. In dieser
17 Situation, in der die Bundesregierung vollkommen an den Gegebenheiten in
18 Afghanistan vorbeigiebt, würden wir uns wünschen, dass alle GRÜNEN mitregierten
19 Landesregierungen Verantwortung übernehmen und keine Abschiebungen vornehmen
20 würden. Denn wer nach Afghanistan abschiebt, der spielt mit der körperlichen
21 Unversehrtheit und dem Leben der Betroffenen.
- 22 Bisher hat sich Mecklenburg-Vorpommern nicht an den Sammelabschiebungen nach
23 Afghanistan beteiligt, hat sich aber öffentlich gegen ein Abschiebestopp
24 ausgesprochen. Bündnis 90/Die GRÜNEN in Mecklenburg-Vorpommern fordert
25 Ministerpräsidenten Erwin Sellering und Innenminister Lorenz Caffier auf, sich
26 ein Beispiel an Schleswig-Holstein zu nehmen und sich nicht an diesem Unrecht zu
27 beteiligen.

Begründung

Geht aus dem Antragstext hervor und erfolgt nochmal mündlich auf der LDK.

A2 Mehr Leben auf dem Land! – Bündnisgrüne Forderungen für eine Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik

Gremium: LAG FREI, LAG Landwirtschaft und Naturschutz

Beschlussdatum: 27.01.2017

Tagesordnungspunkt: 4. Landwirtschaft und Naturschutz

1 Vor über 50 Jahren wurde Europas gemeinsame Agrarpolitik (GAP) begründet, um
2 eine stabile Versorgung mit bezahlbaren Lebensmitteln sicherzustellen. Bis heute
3 ist sie der einzige Politikbereich der EU, der vollständig gemeinschaftlich
4 finanziert wird. Deshalb wird seit jeher ein großer Teil des EU-Haushalts für
5 diesen Bereich verwendet. Die bisherige Agrarpolitik zeigt aber erhebliche
6 Auswirkungen auf das dörfliche Leben, auf den Naturhaushalt, auf den
7 Biotopschutz, den Klimawandel und den Artenreichtum in unserer agrarisch
8 geprägten Kulturlandschaft. Hier muss es eine Umorientierung geben. Das fordern
9 seit Jahren auch mehrere Sachverständigenräte.

10 Im EU-Haushalt entfallen jährlich knapp 60 Milliarden Euro auf die GAP. Die zwei
11 Säulen der GAP verfolgen dabei gegenläufige Ziele: Die 1. Säule besteht aus
12 Direktzahlungen, die als pauschale Flächenprämie mit 70% der GAP-Mittel, also
13 etwa 45 Milliarden Euro, Bodenbesitz belohnt. Da es sich lohnt, möglichst große
14 Flächen zu bewirtschaften, fördert die flächengebundene Zahlungen die
15 Industrialisierung der Landwirtschaft. Ein großes Problem besteht bereits darin,
16 dass die Gelder als Pacht einfach an die Grundbesitzer fließen, ohne dass die
17 Landwirte davon profitieren.

18 Die Ziele des „Greenings“ (Begrünung) im Rahmen der letzten GAP-Reform 2013
19 wurden insgesamt verfehlt. Die Kriterien, an die die Direktzahlungen gebunden
20 werden sollten, sind durch die Verhandlungen im EU Ministerrat auch mit
21 Unterstützung der deutschen Bundesregierung systematisch unterlaufen worden, so
22 dass sie keine Lenkungswirkung entfalten können. Sie erbringen damit auch keinen
23 gesellschaftlichen Nutzen.

24 Es muss deutlich gesagt werden, dass die EU – Agrarpolitik nicht allein von der
25 EU-Kommission oder dem Europäischen Parlament, sondern maßgeblich von den
26 Mitgliedstaaten bestimmt wird. Die Europäische Kommission und insbesondere das
27 Europäische Parlament haben zahlreiche Initiativen unternommen, bessere
28 Umweltqualitätsstandards in die Förderpolitik einzuziehen. Das wurde regelmäßig
29 von den Regierungen der Länder unterlaufen, auch von der Bundesregierung und der
30 Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern. Ein besseres Greening wäre nach den
31 gegebenen EU - Förderrichtlinien durchaus möglich, müsste allerdings durch das
32 Bereitstellen der Kofinanzierungsstrukturen durch das Land politisch gestützt
33 werden. Dies ist gegenwärtig nicht der Fall.

34 Die Landesregierung, die über den Bundesrat und die
35 Landwirtschaftsministerkonferenz an den Entscheidungen über die Ausrichtung der
36 europäischen Agrarpolitik beteiligt ist, hat bisher dagegen nichts unternommen.
37 Masse statt Klasse bleibt das Credo der Landespolitik. Absatzkrisen,
38 Konzentrationen, Arbeitsplatzvernichtung, prekäre Arbeitsverhältnisse,
39 Landflucht und allgemeine Perspektivlosigkeit in den Dörfern sind die Folgen.
40 Das muss sich ändern! Wir brauchen eine Neuausrichtung der europäischen
41 Agrarpolitik. Dazu werden jetzt in Brüssel und im Bund gerade die Weichen

- 42 gestellt. Wir haben klare Forderungen, was sich ändern muss, damit Mensch und
43 Natur auf dem Land wieder eine gute, lebenswerte Perspektive bekommen.
- 44 Bei der bevorstehenden Halbzeitbewertung der Europäischen Agrarpolitik, im
45 Rahmen des gegenwärtigen Konsultationsprozesses der EU-Kommission zu deren
46 künftiger Ausgestaltung und bei den 2017 beginnenden Verhandlungen über den EU-
47 Haushalt für die kommende Förderperiode fordern wir die Landesregierung
48 Mecklenburg – Vorpommern auf, sich konsequent für eine Neuausrichtung der
49 europäischen Agrarförderung einzusetzen.
- 50 Wir fordern von der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern:
- 51 1. dass zur Halbzeitbewertung die vollen 15 Prozent von der 1. Säule der EU-
52 Agrarförderung in die zweite Säule umgeschichtet werden. Damit kämen ab 2019
53 jährlich zusätzlich 525 Millionen Euro allein in Deutschland einer besseren
54 Landwirtschaft und gutem Essen zugute – so, wie die Mehrheit der Bürger*innen es
55 sich wünscht. Wir fordern eine Deckelung der Flächenprämie und die gezielte
56 Umschichtung in ökologische Landwirtschaft und nachhaltige Entwicklung.
- 57 2. die Vorbereitung des mittelfristigen Ausstiegs aus dem bisherigen
58 Säulenmodell und das Einleiten eines Umstiegsszenarios der bisherigen
59 Mittelvergabe mit dem Ziel einer an öffentlichen Leistungen orientierten
60 Förderung der Landwirtschaftsbetriebe. Leitbild muss der ökologische Landbau
61 sein. Mit den Zahlungen werden so Ökosystem-Dienstleistungen und die Schaffung
62 von qualifizierten Arbeitsplätzen honoriert. Beginnend 2020 soll spätestens 2034
63 die Agrarförderung umgestellt sein.
- 64 3. dass während der Übergangszeit Betriebe mit geringeren Standards gestaffelt
65 entsprechend weniger Geld erhalten. Diese Standards sollen sich aus einfachen
66 und leicht überprüfbaren Betriebsfaktoren ergeben, z.B. Weidehaltung,
67 ausschließlich organische Düngung, Mindestfruchtfolge und Anzahl der
68 Arbeitsplätze. Dadurch wird auch der bürokratische Aufwand verringert.
69 Ökologischer Landbau muss Leitbild der europäischen Agrarpolitik und
70 Prämienstandard für die Vergabe öffentlicher Gelder werden!
- 71 4. die Umstellung der Förderung zu tiergerechten Haltungssystemen muss durch
72 transparente Standards festgelegt werden. Landwirte und ihre Partner in der
73 Zivilgesellschaft sind dabei einzubeziehen. Die Tierhaltung muss an die vorhandenen
74 regionalen Futterflächen gebunden werden.
- 75 5. die Sicherung und den Wiederaufbau von Biodiversität in der Agrarlandschaft.
76 Besondere Naturschutzleistungen, die Förderung benachteiligter Gebiete sowie
77 besondere Maßnahmen zur Landschaftspflege benötigen zusätzlich besondere
78 Fördermodule, die sowohl für den Ökolandbau als auch für andere Standards den
79 Betrieben angeboten werden sollen.
- 80 6. eine besondere Förderung der Entwicklung lokaler und regionaler
81 Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen u.a. durch Verknüpfungen mit dem
82 Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und Förderung der Schaffung
83 von qualifizierten Arbeitsmöglichkeiten durch Verknüpfung mit den Mitteln aus
84 dem Europäischen Sozialfonds (ESF) einzuführen. Dazu bedarf es einer
85 einheitlichen ressortübergreifenden Förderstrategie für den ländlichen Raum. Das
86 Instrument LEADER zur Förderung der ländlichen Infrastrukturen benötigt mehr
87 Transparenz, Entbürokratisierung und eine bessere Partizipation neuer,
88 innovativer Akteure.

- 89 7. die EU-Agrarförderung muss weg von ihrer Exportorientierung, hin zu einer
90 Binnenorientierung in Europa, die Produzierende, Vermarktende, Verbraucher*innen
91 sowie zivilgesellschaftliche Organisationen vereint. Die Souveränität der
92 Landwirtschaft in den Entwicklungs- und Schwellenländern darf nicht untergraben
93 werden. Die bisherige starke Exportorientierung bei Milch, Fleisch, Eiern u.a.
94 führt nicht nur zu erhöhter Klimabelastung, sondern zerstört auch die Märkte in
95 den ärmeren Ländern der Welt.
- 96 8. neben der Qualifizierung der Betriebe und den Aufbau neuer
97 Vermarktungsstrukturen muss eine verbraucher*innenfreundliche Politik Kern einer
98 neu ausgerichteten Agrarpolitik sein. Verbraucher*innen müssen sich auf eine
99 klare Kennzeichnung und Transparenz im Herstellungsprozess verlassen können, um
100 mit ihrem Einkauf Politik machen und die Agrarwende unterstützen zu können. In
101 diesem Kontext sollen auch die Konzepte umgesetzt werden, die gesunde,
102 biologisch-saisonale und regionale Ernährung für alle verfügbar machen. Daher
103 muss die GAP stärker die Instrumente der Marktordnung, des Ordnungsrechts und
104 einer fairen Handelspolitik konsistent miteinander verbinden, damit sie diese
105 Lenkungswirkung entfalten können.
- 106 9. Eine neue europäische Agrarpolitik muss weg von der alleinigen
107 Ertragsorientierung und Profitmaximierung. Sie muss zu einem Instrument der
108 Mitverantwortung für die ländliche Strukturpolitik weiterentwickelt werden. Dazu
109 benötigt es integrierte Ansätze, die Einbeziehung der lokalen und regionalen
110 Akteure und eine anspruchsvolle wissenschaftliche Begleitung.
- 111 Es bedarf eines neuen politischen Willens, auf Landes- Bundes- und Europaebene.
112 Wir wollen wieder mehr Leben ins Dorf bringen. Dafür stehen wir!

Begründung

Derzeit ist eine Landwirtschaft in der EU ohne Subventionen nicht zu betreiben. Es bedarf allerdings stärker der Vergütung von Gemeinwohlleistungen mit öffentlichen Geldern, um das Ziel einer Ökologisierung und Qualifizierung der Landwirtschaft zu erreichen. In einer Politik unter dieser Prämisse kann die klassische Agrarförderung als unkonditionierte Einkommenssicherung nicht erhalten bleiben. Öffentliche Gelder sollen an Landwirte grundsätzlich nur für öffentliche Maßnahmen wie für die Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen, für Landschaftspflegemaßnahmen oder für den Erhalt der biologischen Vielfalt vergeben werden. Da derzeit die 1. Säule für die Mehrheit der Betriebe etwa die Hälfte des Einkommens und in einigen Regionen unseres Landes sogar die größte Einkommensquelle darstellt, muss der Abbau direkter, unkonditionierter Subventionen ohne Strukturbrüche mittelfristig geplant werden.

Trotz mehrfacher Reformen der EU-Agrarpolitik hat sie weiterhin keine Steuerungswirkung hin zu einer umweltgerechten, nachhaltigeren Agrarpolitik, sondern fördert nach wie vor anachronistisch agrarindustrielle Bewirtschaftungsmethoden und damit den industriellen Strukturwandel in der Landwirtschaft mit verheerenden Auswirkungen auch in Mecklenburg-Vorpommern: Milchkrise, Höfesterben, Arbeitsplatzvernichtung, steigende Schadstoffbelastungen, „land grabbing“ für Finanzinvestoren und zunehmende Ausräumung der Landschaft. Das jetzige Agrarsystem bedingt nicht nur den Verlust der Artenvielfalt durch Monokulturen und Pestizide, die Verseuchung von Böden und Trinkwasser, eine klimaschädliche Bewirtschaftungsweise, sondern führt auch zu Entvölkerung des ländlichen Raumes. Es bietet viel zu wenig wirtschaftliche Perspektiven für Ökobetriebe, regionale Verarbeitung und Vermarktung, eine funktionierende ländliche Infrastruktur und Arbeits- und Lebensmöglichkeiten gerade für junge Menschen im ländlichen Raum.

Während des Umstiegs auf ein nachhaltiges Agrar- Umwelt - und Ernährungssystem müssen gerade kleinere Betriebe unterstützt werden, um Strukturbrüche in diesem Sektor zu vermeiden. Es sollten im Rahmen eines Umstiegs von Anfang an solche Gemeinwohlleistungen vergütet werden, die kleinere Betriebe leicht erbringen können. Wenn beispielsweise die Bewirtschaftung kleinerer Flächen die biologische Vielfalt und den Artenreichtum erhält, diese Leistung kleinere Betriebe im Gegensatz zu größeren leichter erbringen und sie ihnen vergütet wird, stärkt sie das im Wettbewerb.

Durch den Brexit und andere haushaltspolitische Zielstellungen stellen sich spätestens ab 2020 andere finanzielle Rahmenbedingungen im Haushalt der Europäischen Union. Es gilt, Mittel für die Landwirtschaft zu sichern, indem diese an konkrete gesellschaftliche und ökologische Leistungen gekoppelt werden. Sie können genutzt werden, um bestehende Umwelt- Natur- und Tierschutzziele, einen verbesserten Verbraucher*innenschutz sowie positive Arbeitsmarkteffekte zu erreichen und den Landwirten weiterhin auch Einkommenschancen zu sichern.

Die zahlreichen Umweltziele der Europäischen Union können nur erreicht werden, wenn die GAP gezielt auf eine Ökologisierung der Landwirtschaft konzentriert wird und die Finanzmittel entsprechend vergeben werden. Hierzu zählt auch, wirkungsvolle Agrarumweltmaßnahmen zu entwickeln, die tatsächlich zur Erreichung der Klima- und Biodiversitätsziele der EU beitragen und nicht überwiegend Mitnahmeeffekte generieren. Teile der Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen von Natura 2000 - Gebieten sollten mithilfe der Landwirtschaft umgesetzt werden. Es ist sicherzustellen, dass die Finanzierung der Natura 2000 – Umsetzung eine hohe Priorität eingeräumt wird.

Viel wäre auch gewonnen, wenn bei der Neuordnung der Agrarpolitik die Bürokratie für Bauern und Agraradministration geringer würde. Das jetzige Greening und seine vielen Ausnahmen haben zu einem bürokratischen Overkill für die Bauern und die Verwaltung geführt. Zur Erfüllung der eigentlichen Zielstellungen hat es aber wenig beigetragen.

Unterstützer*innen

Dr. Johannes Kalbe (KV Rostock)

A3 Keine Jagd auf Wolf, Biber und Kormoran

Gremium: LAG Landwirtschaft und Naturschutz
Beschlussdatum: 27.01.2017
Tagesordnungspunkt: 4. Landwirtschaft und Naturschutz

Bündnis 90/Die GRÜNEN lehnen eine Aufnahme von bisher dem Naturschutzrecht unterliegenden Tierarten in das Jagdrecht grundsätzlich ab. Konkrete und viel diskutierte Beispiele sind die Arten Wolf, Biber und Kormoran.

Illegale Tötungen stellen bei allen drei Arten ein konkretes Problem dar. Die Entschärfung von Konflikten mit land- und forstwirtschaftlichen Nutzungen sehen Bündnis 90 / Die GRÜNEN daher als wesentlich an, um die Populationen dieser Arten langfristig zu stabilisieren.

Hierzu liefert das Naturschutzrecht ausreichende Möglichkeiten. Eine Entnahme sich problematisch an menschliche Nähe gewöhnender Wölfe oder die Entfernung einzelner Ansiedelungen des Bibers oder des Kormorans, wenn diese zu große Schäden verursachen, sind bereits jetzt möglich. Eine konsequente und nachhaltige finanzielle Förderung der Landnutzer ist auch in Zukunft erforderlich, um sie bei ihrer Wiedergewöhnung an den Wolf zu unterstützen (z.B. bei der Anschaffung und Ausbildung von Herdenschutzhunden oder bei der Errichtung mobiler Elektrozäune) oder um Schäden zu kompensieren.

Eine Aufnahme dieser Arten in das Jagdrecht ist nicht zu rechtfertigen, da weder ein flächiges Eingriffserfordernis im Sinne einer Populationsregulierung noch eine nachhaltige Nutzung gegeben sind.

Bündnis 90/Die GRÜNEN sprechen sich zudem für eine bessere Sachaufklärung aus. Von besonderer Wichtigkeit ist dabei die Umweltpädagogik im Kinder- und Jugendbereich.

Begründung

Eine naturnahe und nachhaltige Jagd ist dort legitim, wo die Populationen von Tierarten diese Nutzung erlauben und wo die Jagd natur- und tierschutzgerecht ausgeübt wird oder wo ein Erfordernis besteht, Wildschäden zu vermeiden (z.B. bei Rehen und Hirschen zur Ermöglichung einer naturgemäßen Waldbewirtschaftung).

Beide Kriterien treffen für die Arten Wolf, Biber und Kormoran nicht zu, weshalb sie im Naturschutzrecht verbleiben und nicht dem Jagdrecht unterstellt werden sollen:

Der Wolf etabliert sich erst wieder durch die natürliche Wiederbesiedelung seiner ursprünglichen Lebensräume. Grund dafür ist das Nahrungsüberangebot an Paarhufern (Schalenwild): Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg sind die schalenwildreichsten Regionen Europas – ein Paradies für den Wolf! Die hohen Wildbestände verursachen immense Schäden in Land- und Forstwirtschaft und hohe Wildunfallzahlen.

Wenn der Wolf dazu beiträgt, die Bestände etwas abzusenken, so dient dies dem ökologischen und volkswirtschaftlichen Gemeinwohl. Die in MV nach wie vor noch sehr kleine Wolfspopulation hat mit überdurchschnittlichen Verlusten durch illegale Abschüsse zu kämpfen, was sich z.B. am plötzlichen

Verschwinden vieler aus ihren Rudeln abwandernder Jungwölfe belegen lässt. Sie würde durch eine Überführung ins Jagdrecht wieder grundlegend in ihrer Existenz bedroht. Die Nutztierhalter müssen weiterhin konsequent bei ihrer Anpassung an den Wolf finanziell unterstützt werden. Für sich problematisch auf Nutztiere spezialisierende oder an menschliche Nähe gewöhnende Wölfe bietet das Naturschutzrecht auch bisher die Möglichkeit, sie notfalls zu töten.

Anders als in vielen anderen Ländern Europas müssen die Menschen in Deutschland den Umgang mit dem Wolf erst wieder lernen – die Aufklärung gegen das „Rotkäppchen-Syndrom“ gehört ebenso dazu wie das Eintreten dafür, dass Platz genug für Mensch, Schaf, Wolf und Hirsch ist.

Beim Biber ist anzuerkennen, dass sich die Bestände in den letzten Jahren steil nach oben bewegen und an manchen Stellen bereits zu Konflikten vor allem durch unerwünschten Anstau von Wasser sorgen. Es gilt hier aber das Gleiche wie beim Wolf: Im Einzelfall kann eine Entnahme naturschutzrechtlich als Ausnahme genehmigt werden, eine reguläre Bejagung könnten die Populationen nicht verkraften.

Zweifelsfrei nimmt der Kormoran überall dort, wo er lebt, Einfluss auf die Fischbestände. Das ergibt sich logisch aus seinen Ernährungsgewohnheiten. Sicher kann es lokal dort, wo durch intensive Teichwirtschaft den Kormoranen in einer ansonsten "ausgeräumten" Wasserlandschaft ein besonders verlockendes Nahrungsangebot gemacht wird, zu Nutzungskonkurrenzen kommt. Zur Verhinderung dieser müssen vorrangig passive, natur- und tierschutzgerechte Abwehrmaßnahmen Anwendung finden; hierzu stehen genügend Alternativen zur Verfügung. Darüber hinaus sprechen auch prinzipielle störungsökologische, populationsbiologische und nicht zuletzt ethische Gründe gegen die Wiederaufnahme oder Ausdehnung der Jagd auf den Kormoran, dessen Population in den letzten Jahren ohnehin eher stagniert als steigt. Bei nachweisbaren Schäden stehen Bündnis 90 / Die Grünen entsprechenden Ausgleichszahlungen positiv gegenüber.

Unterstützer*innen

Dr. Johannes Kalbe (KV Rostock)

A4neu Fukushima mahnt - ernst machen mit der Energiewende

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 5. Klimaschutz und Energiewende

1 Eine Woche vor dem Jahrestag der Atomkatastrophe in Fukushima betonen die Grünen
2 die Notwendigkeit der Energiewende.

3 Statt den Atomausstieg und die Ziele der Klimakonferenz von Paris engagiert
4 umzusetzen, wird in Deutschland der Ausbau der Erneuerbaren Energien immer mehr
5 gebremst. Immer noch laufen 8 Atomkraftwerke in Deutschland. Drei davon in
6 Bayern, wo die CSU gezielt den Ausbau der Windkraft und neue Stromnetze
7 blockiert. Dies darf nicht dazu führen, dass am Ende Laufzeitverlängerungen für
8 die Atomkraftwerke in Bayern zugelassen werden.

9 Aber auch die SPD zeigt sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene, dass
10 sie Energiewende nicht kann, sondern den Ausbau deckelt, statt die Erneuerbaren
11 Energien konsequent auszubauen.

12 Es fehlen insbesondere Konzepte für die Umsetzung der Energiewende im Bereich
13 Wärme, wo die Erneuerbaren Energien nur einen Anteil von etwa 10 % erreichen.
14 Hier brauchen wir zum Beispiel attraktive und klare Rahmenbedingungen für die
15 Nutzung der zeitweise auftretenden Stromüberschüsse zur Wärmeherzeugung (Power to
16 Heat).

17 Als GRÜNE fordern wir die SPD im Bund und im Land auf, endlich ein Konzept für
18 die Energiewende im Bereich Wärme vorzulegen.

19 Mecklenburg-Vorpommern war das erste Land mit einem Energieministerium. Doch der
20 Aufbau einer leistungsfähigen Abteilung für Energie und Klimaschutz im
21 Ministerium ist auf halbem Weg stecken geblieben.

22 Die Energie- und Klimaschutzagentur des Landes ist bisher kaum über ein
23 potemkinsches Dorf hinaus gekommen, das kurz vor der Landtagswahl aufgebaut
24 wurde. Die Arbeitsfähigkeit der Agentur mit nur drei Mitarbeiter_innen muß
25 infrage gestellt werden, wahrnehmbare Impulse für die Erneuerbaren Energien, die
26 Energieeinsparung oder den Klimaschutz fehlen.

A5 Grüne fordern Entscheidung zum Kohleausstieg in den kommenden 4 Jahren

Gremium: KV Rostock
Beschlussdatum: 01.02.2017
Tagesordnungspunkt: 5. Klimaschutz und Energiewende

- 1 Als Grüne fordern wir alle Parteien auf, zur anstehenden Bundestagswahl den
- 2 Kohleausstieg in ihr Wahlprogramm aufzunehmen.
- 3 Wir brauchen einen schnellen Ausstieg aus der Kohle, wenn wir in Deutschland
- 4 einen angemessenen Beitrag zum Klimaschutz leisten wollen. Zum anderen brauchen
- 5 wir schnell einen Fahrplan für den Kohleausstieg, um den besonders betroffenen
- 6 Regionen Gelegenheit für den Strukturwandel zu geben.
- 7 Daher müssen die Weichenstellungen für den Kohleausstieg spätestens in der
- 8 kommenden Legislaturperiode des Bundestages erfolgen, also den nächsten 4
- 9 Jahren.
- 10 Der Kohleausstieg muss umgehend kommen:
- 11 - wegen der hohen CO₂-Emissionen der Kohlekraftwerke
- 12 - wegen der hohen Emissionen an Quecksilber und Arsen
- 13 - wegen der Zerstörung immer weiterer Dörfer durch den Tagebau
- 14 - wegen der massiven Zerstörung der Natur durch Tagebaue und
- 15 Grundwasserabsenkungen
- 16 Kohlekraftwerke in Deutschland haben nicht nur schwere Schädigungen von Klima,
- 17 Menschen und Umwelt in Deutschland zur Folge. Ein großer Teil unserer Kohle
- 18 kommt immer noch aus anderen Ländern. Für unseren Strom werden auch dort
- 19 Lebensräume von Menschen und Natur zerstört.

Unterstützer*innen

Dr. Jonas Keiler (KV Rostock)

A6 Medienwirksamer Verzicht auf A1-Plakatierung im Bundestagswahlkampf 2017

Antragsteller*in: Claudia Brost (Schatzmeisterin KV LRO)

Tagesordnungspunkt: 9. Sonstiges

- 1 Bei dem kommenden Bundestagswahlkampf im Jahr 2017 verzichtet Bündnis 90/Die
- 2 Grünen Mecklenburg-Vorpommern, begleitet von einer umfangreichen Medienkampagne,
- 3 auf die Verwendung von A1-Plakaten und konzentriert sich auf das massive
- 4 Aufstellen von Großflächen.

Begründung

Der Einkaufspreis für das Aufstellen inkl. ständiger Erneuerung nach Beschädigung einer Großfläche für volle 6 Wochen zum Preis von 320,-€ ist vergleichbar mit dem Einkauf von ca. 100 A1-Plakaten. Die Plakate müssen aber auch noch 6 Wochen lang von ehrenamtlichen Mitgliedern aufgehängt und eigenständig ausgebessert werden. Das funktioniert gerade im ländlichen Raum nur mit hohem Zeit- und Energieaufwand. Mit den Fahrtkosten wird der Stückpreis erhöht und somit können nur noch ca. 10 Dörfer plakatiert werden.

In unserem Landkreis Rostock - geben wir ganz offen zu - ist eine flächendeckende Plakatierung ehrenamtlich unmöglich.

Deshalb wollen wir die Plakatierung durch das Aufstellen von Großflächen ersetzen. Großflächen sind größer, sichtbarer, lesbarer. Zusätzlich ist dieses Format umweltfreundlicher, weil die Tafeln wiederverwendet werden und nur die verklebten Plakate als Müll anfallen.

Auch wenn die neuen Vordermann-A1-Plakate abgesehen von der Rohstoff- und Energieintensiven Herstellung angeblich voll recycelt werden können, fallen hier pro 100 Plakate noch ca. 100 Kilo Altpapier und jede Menge Plastikmüll für die Kabelbinder an. Zudem ist es sehr fraglich, ob der Papierabfall und vor allem die Kabelbinder tatsächlich recycelt werden.

Immer wieder erreichen uns Stimmen aus der Bevölkerung, dass die allgemeine Vollplakatierung im Wahlkampf übertrieben sei. Andererseits wird dann sogar Kritik laut, wenn wir das eine oder andere Dorf "vergessen" haben.

Wir möchten begleitet von einer wirksamen Medienkampagne die Gründe unserer Einsparaktion in die Öffentlichkeit transportieren.

Es soll allgemein bekannt werden, dass die Grünen M-V sich an dieser Ressourcenverschwendung nicht mehr beteiligen.

Präsent sein sollten wir durch wählbare Inhalte - kommuniziert durch personell gut besetzte Medienpräsenz aus Landesverband und Kreisverbänden sowie aus den Stadt- und Kreisparlamenten. Gerne werden wir im kommenden Bundestags-Wahlkampf 2017 als Modellregion mit gutem Beispiel vorangehen, beantragen jedoch hiermit eine Zustimmung der LDK, um das ganze Land M-V als Modellregion zu testen.

In Betracht zu ziehen ist eine Bezuschussung durch den Bundesverband für diesen Versuch zur Aufstellung zusätzlicher Großflächen.

Wir bitten um Eure Zustimmung.

Unterstützer*innen

Klaus-Michael Bull (Vorstand KV LRO); Anja Dornblüth-Röhrdanz (Vorstand KV LRO); Thomas Oberwalder (KV LRO OV Kühlungsborn); Christine Borgwald (Sprecherin KV LRO); Dr. Johannes Kalbe (KV HRO, Sprecher LAG Kultur); Constantin Gis (Landkreis Rostock KV)

A17 Güstrower Erklärung

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	31.01.2017
Tagesordnungspunkt:	1. Begrüßung, Formalia
Status:	Eingereicht (ungeprüft)

Die Welt scheint aus den Fugen: Die Populisten weltweit werden immer stärker, die Solidarität in der Gesellschaft scheint zu schwinden. In den Niederlanden und in Frankreich besteht die Möglichkeit, dass zwei Populisten an die Macht kommen. Was in Österreich noch verhindert werden konnte, ist nun inmitten Europas schon wieder möglich. Auch, wenn diese Kräfte nicht gewinnen, werden diese heftig geführten Wahlkämpfe auch Deutschland beeinflussen. Die Rechtspopulisten weltweit kämpfen für einen gesellschaftlichen Rückschritt, und das gemeinsam.

Der Klimawandel ist für sie nur ein Schwindel. Der amerikanische Präsident Trump zeigte dies direkt nach seinem Amtsantritt. Umwelt- und Naturschutz werden lediglich als Wirtschaftshemmnisse gesehen. Dabei sind wir die erste Generation, die an den Folgen der Klimaerhitzung leidet. Und die letzte, die noch etwas dagegen tun kann. An Europas Grenzen sterben Menschen und die Menschen die es nach Europa schaffen werden in angeblich sichere Herkunftsländer abgeschoben. Die Politik der Merkel-Regierung versucht nur, das Problem abzuschieben, nicht sie wirklich, im Sinne der Humanität, zu lösen. Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer und die Unsicherheiten wachsen. Wir sehen uns einer unsicheren Zeit gegenüber, obwohl es der deutschen Wirtschaft gut geht.

Wenn wir jetzt jedoch den Kopf einziehen und nicht weiter für eine fortschrittliche, tolerante und verantwortungsbewusste Gesellschaft kämpfen, werden wir eine Entwicklung zurück in die Vergangenheit erleben. Das werden wir nicht zulassen!

Daher brauchen wir starke Grüne. Für ein weltoffenes, ökologisches und gerechtes Land: Von Integration bis zum Elektroauto, von grüner Wirtschaft bis zum Datenschutz, von Chancengleichheit bis zu sauberen Wasser. Wir wollen eine Welt, in der alle Menschen ein selbstbestimmtes, würdevolles Leben führen können und eine gesunde Umwelt, in der wir auch morgen noch leben können. Dies sind Ziele für die es sich zu kämpfen lohnt: - Gerechtigkeit zwischen Geschlechtern, Generationen, Menschen verschiedener Bevölkerungsgruppen und Länder.

- Solidarität mit Benachteiligten und Minderheiten.

- Demokratie und Bürgerbeteiligung

- Gute Arbeit und gute Bildung und soziale Ungleichheit abbauen. Die Zukunftschancen eines Kindes dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein.

- Bewahrung unseres Planeten und damit der Lebensgrundlage unserer Kinder

- ein starkes, solidarisches und vereintes Europa

2017 wird ein richtungsweisendes Jahr werden. Viele ziehen Vergleiche zu den Fehlern, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gemacht wurden. Schlagworte wie Populismus, Protektionismus, Nationalismus sind wieder

40 salonfähig. Der Brexit und die Wahl Trumps zeigen eine Tendenz, in der sich die
41 Nationalstaaten wieder auf sich zurückbesinnen. Die Errungenschaften und der
42 Fortschritt, den wir nach den Gräueln zweier Weltkriege und dem unfassbaren Leid,
43 welches der Nationalismus in unsere Welt gebracht hat, erreicht haben, scheinen
44 in Gefahr. Die Frage ist: Wiederholen wir die Fehler des 20. Jahrhunderts, von
45 denen wir eigentlich gedacht haben, dass wir sie überwunden hätten?

46 In ganz Europa sehen wir derzeit einen Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen
47 und Parteien, die die europäische Idee komplett infrage stellen, oder die EU als
48 Sündenbock für eigene Versäumnisse missbrauchen. Auch die damit einhergehende
49 Solidarität zwischen den Menschen und den Mitgliedsstaaten schwindet; die EU
50 wird weiter geschwächt. Wie können wir diese Entwicklungen aufhalten? Für uns
51 Grüne ist das ganz klar: Wir werden ihnen unser offenes und tolerantes Gesicht
52 entgegenstrecken! Und nicht weichen!

53 Ein starkes Europa ist ein Europa ohne Grenzen, seien es die Landesgrenzen oder
54 die Grenzen in den Köpfen der Menschen. Europa muss wieder enger zusammenrücken,
55 um gegen die Gefahren von innen und außen bestehen zu können. Trotz der Probleme
56 in der Flüchtlingspolitik und des Brexits sollten wir die EU nicht nur auf
57 Krisen reduzieren. Sei es die EU-Datenschutz-Grundverordnung oder das
58 Klimaübereinkommen, die Liste der Errungenschaften der EU lassen sich lang
59 weiterführen.

60 Die EU muss sich verändern, das ist ganz klar, sei es bei der Stärkung der
61 europäischen Demokratie, dem Zusammenhalt der Gesellschaft, einer gerechteren
62 und nachhaltigeren Wirtschaftspolitik, einer solidarischen und humanen EU-
63 Asylpolitik, beim Thema Sicherheit vs. Freiheit oder der gemeinsamen
64 Außenpolitik. Diese Herausforderungen müssen erkannt und gestaltet werden und
65 wir Grüne haben Lösungen.

66 Nur mit starken Grünen wird es möglich sein, die EU zu reformieren und gegen die
67 europafeindlichen, intoleranten und rückwärtsgewandten Strömungen in Europa eine
68 starke Stimme für Toleranz, Vernunft und Kooperation zu formieren. Wir Grüne
69 stehen uneingeschränkt zu Europa, einem Europa, in dem alle Menschen ein
70 selbstbestimmtes, würdevolles Leben führen können, mit einer gesunden Umwelt, in
71 der wir auch morgen noch leben können. Es ist selbstverständlich, dass wir dafür
72 kämpfen und Schwächen in der Struktur und in der Umsetzung seiner Werte benennen
73 und angehen.

74 In Zusammenarbeit mit anderen europäischen Kräften werden wir für eine
75 transparente, demokratische, offene und gerechte Europäische Union streiten,
76 unter Berücksichtigung aller bestehenden Interessen.
77 Damit wir diese Ziele erreichen können, müssen wir die Menschen überzeugen, wir
78 müssen einzigartig sein und verdeutlichen warum wir starke Grüne brauchen. Denn
79 Grün macht den Unterschied.

80 In der Vergangenheit haben wir Entwicklungen vorausgesehen, die andere nicht
81 gesehen haben oder nicht sehen wollten. Wir waren unbequem und haben den
82 politischen Diskurs aktiv mitgestaltet. Genau das müssen wir wieder erreichen,
83 wir müssen einzigartig bleiben, wir müssen Licht in Herausforderungen sehen, in
84 denen es für andere nur Dunkel gibt. Und es wird immer Aufgabe der Grünen
85 bleiben neue, gesellschaftlich noch nicht mehrheitsfähige Themen
86 anzusprechen. Wir sehen Probleme nicht nur, sondern bieten auch Lösungsideen an.
87 Wir Grüne sind die einzige Partei, die eine nachhaltige, offene und soziale

88 Politik ernsthaft vertreten. Auch dann, wenn uns der gesellschaftliche Wind ins
89 Gesicht bläst.

90 Dafür müssen wir weiter wachsen, um unsere Inhalte und Visionen durchsetzen zu
91 können. Wir müssen werben und begeisternd auf die Menschen zugehen, sie dort
92 abholen, wo sie sind und ebenso klar Missstände weiterhin als solche benennen
93 und dagegen ankämpfen. Wir müssen kluge innovative Konzepte vorlegen, die
94 zeigen, wie es anders gehen kann, bei gesellschaftlichen Konflikten aber auch
95 klar Stellung beziehen. Die Verbindung zwischen verantwortungsvoller politischer
96 Vertretung, klaren Visionen und dem Kampf auf der Straße, waren immer unsere
97 Stärke. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger für unsere Ideen begeistern und
98 nicht belehren. Viele unserer Themen sind heute in der Gesellschaft
99 mehrheitsfähig. Grüne Politik gewinnt dort, wo sie vom Kopf in den Bauch geht,
100 wo Grüne Inhalte Menschen ansprechen und bewegen. Deswegen streiten wir nicht
101 gegen die Gesellschaft, sondern mit den Menschen in unserem Land für ein
102 besseres Morgen.

103 Wir sind mit vielen unseren Themen unglaublich erfolgreich: Umweltschutz,
104 Atomausstieg, Energiewende, Gleichberechtigung von Frauen und Männern,
105 Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Selbstbestimmung behinderter Menschen,
106 Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, Unterstützung von sozialen
107 Initiativen, gleiche Rechte für Schwule und Lesben, Eintreten für
108 gesellschaftliche Minderheiten. Und die Liste ließe sich endlos fortführen. In
109 all diesen Bereichen ist noch immer viel zu tun.

110 Eine konsequente Orientierung an unseren Grundwerten Ökologie, Gerechtigkeit,
111 Demokratie und Freiheit macht deutlich, wofür Grüne inhaltlich stehen. In
112 Kombination mit dem Kurs der Eigenständigkeit können die Grünen viel erreichen.
113 Wir waren, wir sind und wir bleiben anders!

114 Die große Koalition steht den wichtigen Zukunftsaufgaben ratlos gegenüber.
115 Herausforderungen, wie Klima- und Umweltschutz, unsere sozialen
116 Sicherungssysteme gerecht und zukunftsfest gestalten sowie Globalisierung und
117 Digitalisierung zum Nutzen der Menschen werden nicht gestaltet, sondern
118 verwaltet oder gar nicht erst erkannt. Sie erstickt politische Debatten im Keim
119 und wundert sich dann über den Aufstieg der AfD.

120 Auf Grund dieser politischen Verhältnisse ist heute und in Zukunft eine
121 werteorientierte, glaubwürdige, verlässliche und über den Tag hinaus denkende
122 Partei, die Ökologie, Demokratie, Gerechtigkeit sowie Freiheit und
123 Selbstbestimmung miteinander verbindet, notwendiger denn je. Das treibt uns an,
124 das motiviert uns.

125 Wir brauchen dafür ebenfalls den Zusammenhalt innerhalb der Partei, wir müssen
126 heute und in Zukunft eine Familie sein, in der zwar auch gestritten und
127 diskutiert wird, in der man sich am Ende aber immer geschlossen zusammenhält. Ab
128 jetzt gilt vor allem der Blick nach vorne und nicht zurück! Wir brauchen
129 Zusammenhalt und Selbstbewusstsein, um die Politik und Gesellschaft aktiv
130 mitgestalten zu können. Als eigenständige politische Kraft, mit kreativen Ideen
131 für komplexe Probleme. Nur diese Eigenständigkeit und Unabhängigkeit gibt uns
132 die Kraft, unsere Gesellschaft und unser Land weiter voranzubringen und eine
133 echte politische Alternative zu sein.

H1 Doppelhaushalt 2017/2018

Gremium: Landesfinanzrat
Beschlussdatum: 23.02.2017
Tagesordnungspunkt: 7. Haushalt

- 1 Die Landesdelegiertenkonferenz beschließt beiliegenden Doppelhaushalt gemäß I.
- 2 für die Kalenderjahre 2017 und 2018 einschließlich der Zusatzbestimmungen unter
- 3 IV.
- 4 Die mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2019 bis 2021 (II.) sowie die
- 5 Übersicht Wahlkampfbudget 2016 (III.) dienen lediglich der Erläuterung und
- 6 werden nicht Bestandteil des Beschlusses.
- 7 Die Anlagen zum Haushalt sind unter <http://gruenlink.de/1bpt> abrufbar.

Begründung

Wir bräuchten dann mal einen Haushalt.

L3 Die LDKen sollen ab 2018 ständig in Güstrow stattfinden.

Antragsteller*in: Claudia Brost (Schatzmeisterin KV LRO)

Tagesordnungspunkt: 8. LDK und LDR

- 1 Güstrow ist als zentraler Ort in MV gleichzeitig Bahn- und Straßenkreuz und
- 2 macht die Anreise für alle Mitglieder fairer und nachhaltiger.
- 3 Daher empfiehlt die LDK:
- 4 Ab 1.1.2018 sollten alle Landesdelegiertenkonferenzen von Bündnis 90/Die Grünen
- 5 Mecklenburg-Vorpommern grundsätzlich in Güstrow stattfinden.

Begründung

Die Saalmiete für das heute gewählte Bürgerhaus ist im Vergleich zu bisherigen Veranstaltungsorten sehr preiswert. Ein fester Ort würde die Planung verlässlicher und einfacher machen.

Die LGSt müsste nicht jedes Mal neue Orte suchen, neue Verhandlungen mit Vermieter*innen oder Catering-Firmen starten und eine große Checkliste abarbeiten. Immer wieder auftauchende Unstimmigkeiten beim Catering könnten dauerhaft vermieden werden.

Die Personaldichte in der LGSt ist für den zweimal jährlich wiederkehrenden Aufwand nicht ausreichend. Die jährlichen Einnahmen unseres LV sind nicht zuletzt durch den Wegfall der Landtagsfraktion gesunken und es wäre möglich, durch Einsparungen bei Veranstaltungen dazu beizutragen, dass unsere LGSt eine über einen Minijob hinausgehende ÖA-Stelle einrichten kann. Auch der LaFi hat neben der Bitte um Nachzahlung ausstehender Mandatsträgerbeiträge im Haushalt keine weitere Einsparmöglichkeit als die Reduzierung der Veranstaltungsausgaben finden können. Damit wir nicht nur mit Büros sondern auch landesweit mit einer starken Stimme wahrnehmbar sind, könnten wir zur weiteren Finanzierung der Pressestelle ebenfalls mit Außenwirkung zusätzlich auf unsere üppigen Buffets auf den LDKen verzichten und uns mit regionalen, ökologischen Suppen mit gutem frischem Brot begnügen. Einige Mitglieder fordern sogar, man könne sich doch "ne Stulle" mitnehmen, wir aber möchten an einer warmen Mahlzeit für unsere zum Teil anstrengenden Versammlungen festhalten.

In Ausnahmefällen wie etwa zeitlich oder örtlich gegebener Besonderheiten, ließe sich der LDK-Tagungsort auf Antrag verlegen, um vor Ort wenn nötig Zeichen zu setzen.

Mit einem auszuhandelnden Rahmenvertrag für die zweimal jährliche Anmietung (des Bürgerhauses, der Viehhalle oder der Tagungsräume im Hotel am Schlosspark) kann unser LV die Ausgaben besser kontrollieren und auffangen, wenn bei beliebten Wahl-LDKen mehr als alle Delegierten teilnehmen und bei debattenlosen Leitantrags-LDKen nur 2/3 der Delegierten erscheinen.

Womöglich wäre hierdurch sogar die leidliche, weil KVen spaltende Diskussion zur Senkung oder Staffelung der Delegiertenzahlen hinfällig und befriedet.

Wir bitten um Eure Zustimmung.

Unterstützer*innen

Klaus-Michael Bull (Vorstand KV LRO); Anja Dornblüth-Röhrdanz (Vorstand KV LRO); Thomas Oberwalder (KV LRO OV Kühlungsborn); Christine Borgwald (Sprecherin KV LRO); Johannes Kalbe (KV HRO); Constantin Gis (Landkreis Rostock KV)

L5 Anpassung der LDK GO

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 31.01.2017
Tagesordnungspunkt: 8. LDK und LDR

- 1 In §9 II wird hinter Buchstabe h) eingefügt:
- 2 i) Antrag auf schriftliche Abstimmung
- 3 j) Verweisung eines Antrags an eine LAG

Begründung

Die schriftliche Abstimmung ist bereits jetzt ein häufig genutztes Mittel zur sicheren Auszählung der Stimmen, entbehrt aber streng genommen einer rechtlichen Grundlage. Diese Regelungslücke wird hier geschlossen.

Zu Anträgen, bei denen die Meinungsbildung deutlich nicht abgeschlossen ist, soll eine vertiefte thematische Auseinandersetzung außerhalb des Parteitags möglich sein. Für den Verweis muss die betroffene LAG, ggf. auch mehrere, benannt werden.

TO Tagesordnung

Gremium:	Antragskommission
Beschlussdatum:	16.02.2017
Tagesordnungspunkt:	1. Begrüßung, Formalia

- 1 1. Begrüßung, Formalia
- 2 2. Landeswahlversammlung
- 3 3. Asyl und Menschenrechte
- 4 4. Landwirtschaft und Naturschutz
- 5 5. Klimaschutz und Energiewende
- 6 6. Inhaltliche Arbeit stärken
- 7 7. Haushalt
- 8 8. LDK und LDR
- 9 9. Sonstiges

Begründung

Vorschlag der Antragskommission

T1 Tagesordnung

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 03.03.2017

Tagesordnungspunkt: 1. Begrüßung, Formalia

- 1 1. Begrüßung, Formalia
- 2 2. Landeswahlversammlung
- 3 3. Asyl und Menschenrechte
- 4 4. Landwirtschaft und Naturschutz
- 5 5. Klimaschutz und Energiewende
- 6 6. Inhaltliche Arbeit stärken
- 7 7. Finanzen
- 8 7.1 Bericht der Rechnungsprüfung
- 9 7.2 Entlastung des Vorstands
- 10 7.3 H1 "Doppelhaushalt 2017/2018"
- 11 8. LDK und LDR
- 12 9. Sonstiges